NORDAMERIKA 22.01.2026 | Jordan Leichnitz

Zubeißen!

Mark Carneys Davos-Rede zeigt einen Ausweg aus der Sandwich-Position der Mittelmächte. Europas Appeasement hat derweil ausgedient.

„*Wir wissen, dass die alte Ordnung nicht zurückkommen wird. Wir sollten ihr nicht nachtrauern. Nostalgie ist keine Strategie, aber wir glauben, dass wir aus dieser Zäsur etwas Größeres, Besseres, Stärkeres und Gerechteres aufbauen können. Das ist die Aufgabe der Mittelmächte, der Länder, die in einer Welt der Festungen am meisten zu verlieren und durch echte Zusammenarbeit am meisten zu gewinnen haben.*" – Der kanadische Premierminister Mark Carney, Davos, 20. Januar 2026

Vor einem Jahr hätte kaum jemand in Kanada vorausgesagt, dass der ehemalige Zentralbanker – und heutige Premierminister – Mark Carney die vielleicht folgenreichste außenpolitische Rede Kanadas der aktuellen Generation halten würde. Doch genau das tat er an einem kalten Tag in Davos vor den Staats- und Regierungschefs der Welt, als er eindringlich die neue Realität skizzierte, mit der Mittelmächte angesichts der geopolitischen Instabilität konfrontiert sind, die durch die Drohungen von Präsident Trump gegenüber den NATO-Verbündeten, die Aggression Russlands und den Aufstieg Chinas verursacht wird.

Im letzten Jahr hat Kanada die Aggression von Präsident Trump am stärksten zu spüren bekommen. Trotz seiner langen Geschichte als engster Verbündeter und zweitgrößter Handelspartner der USA gehörte Kanada zu den ersten Ländern, die von US-Zöllen betroffen waren. Es war das erste Land, das in den wiederkehrenden Fantasien des Präsidenten von territorialer Expansion eine Rolle spielte. Aufgrund der 8 800 Kilometer langen gemeinsamen ungeschützte Grenze und der tiefen wirtschaftlichen Abhängigkeit vom US-Markt – über drei Viertel der kanadischen Exporte gehen nach Amerika – hat jede Regung der Trump-Präsidentschaft in Kanada wie ein Erdbeben gewirkt.

Premierminister Carney hat nicht immer scharf auf die Drohungen von Präsident Trump reagiert. Obwohl er im vergangenen Frühjahr mit einer „Ellbogen hoch"-Kampagne (einer passenden kanadischen Eishockey-Metapher) Wahlkampf gemacht hatte, konzentrierte sich Carney, sobald

er Premierminister war, darauf, die Spannungen mit den USA abzubauen. Er unternahm frühzeitig Schritte, um proaktiv die von Präsident Trump abgelehnten geplanten Steuern für Technologiekonzerne zu streichen, er ließ stillschweigend Kanadas Vergeltungszölle fallen und er vermied kürzlich Kritik an Präsident Trumps Überfall auf Venezuela, während er höflich dessen Angebot, dem sogenannten Friedensrat beizutreten, in Betracht zog. In den letzten Monaten hat Premierminister Carney weitgehend versucht, Kanada aus dem Blickfeld von Präsident Trump herauszuhalten, und von seiner Abschussliste fernzuhalten.

Beschwichtigung kann einen Führer, der Zwang als sein Recht ansieht, nicht einschränken. Nur kollektives Handeln hat eine realistische Chance, dies zu erreichen.

Dieser Ansatz hat jedoch nicht funktioniert. Präsident Trump erhöhte weiterhin willkürlich die Zölle als Reaktion auf andere Themen: von Kanadas Anerkennung eines palästinensischen Staates bis hin zu einer pointierten Anti-Zoll-Werbung in den USA durch Kanadas größte Provinz. Fast ein Jahr nach Beginn des Handelskrieges scheint Kanada weiter denn je von einer Einigung entfernt zu sein, und am Horizont zeichnet sich die Überprüfung des bestehenden Abkommens zwischen Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko ab. Dieses Handelsabkommen, das Präsident Trump in seiner ersten Amtszeit unterzeichnet hat, schützt derzeit 85 Prozent der kanadischen Exporte vor Zöllen. Es steht in diesem Jahr vor einer ungewissen Zukunft, da Präsident Trump deutlich gemacht hat, dass er kaum einen strategischen Wert darin für die USA sieht.

Was jedoch letztlich Premierminister Carneys Intervention in Davos ausgelöst zu haben scheint, waren nicht allein die Zölle. Es war das explizite Interesse von Präsident Trump, einem NATO-Verbündeten Territorium abzunehmen, und seine – inzwischen ausgesetzte – Drohung, zusätzliche Strafzölle gegen jedes Land zu verhängen, das sich ihm widersetzt. Diese Maßnahmen legten eine grundlegendere Wahrheit offen: Beschwichtigung kann einen Führer, der Zwang als sein Recht ansieht, nicht einschränken. Nur kollektives Handeln hat eine realistische Chance, dies zu erreichen.

In Davos hat Premierminister Carney die Wahl, vor der Kanada, die EU und andere Mittelmächte stehen, auf den Punkt gebracht. Sie können, wie er es ausdrückte, „die Ausübung von Souveränität unter Akzeptanz der Unterordnung“ fortsetzen oder sie können neue Bündnisse eingehen,

in denen „die Macht von Legitimität, Integrität und von Regeln stark bleiben wird, wenn wir uns entscheiden, sie gemeinsam auszuüben“. Er warnte davor, sich zum Schutz vor neuen Bedrohungen durch Großmächte auf alte Institutionen und Allianzen zu verlassen, und forderte einen neuen „wertorientierten Realismus“.

Die Rede fand weltweit große Resonanz, weil sie laut aussprach, was viele westliche Staats- und Regierungschefs seit Monaten hinter verschlossenen Türen anerkennen: Die alte Ordnung ist endgültig vorbei.

Die Rede fand weltweit große Resonanz, weil sie laut aussprach, was viele westliche Staats- und Regierungschefs seit Monaten hinter verschlossenen Türen anerkennen: Die alte Ordnung ist endgültig vorbei. Dennoch besteht nach wie vor eine große Kluft zwischen Carneys Vision und den fragmentierten, oft zögerlichen Reaktionen auf die amerikanische Aggression, die die westliche Politik im vergangenen Jahr geprägt haben. Insbesondere Europa steht vor schwierigen Fragen hinsichtlich des Scheiterns der Beschwichtigungspolitik, um Präsident Trump abzuschrecken. Trotz der Annahme eines viel kritisierten Handelsabkommens mit den USA haben Trumps Zollandrohungen gegenüber den europäischen Verbündeten nicht nachgelassen, und zu allem Überfluss untergräbt er weiterhin die Haltung der Ukraine gegenüber dem Krieg Russlands.

Es bleibt abzuwarten, ob Premierminister Carneys Auftritt in Davos eine Wende in Kanadas Haltung gegenüber den Drohungen von Präsident Trump einläuten wird. Kanada wird in Kürze eine Entscheidung über die Teilnahme an NATO-Souveränitätsübungen in Grönland treffen, die Aufschluss darüber geben wird, ob dies tatsächlich eine Wende in der kanadischen Strategie darstellt. Was Carney nicht direkt angesprochen hat – und was letztendlich darüber entscheiden könnte, ob seine Doktrin tragfähig ist –, ist die Frage der demokratischen Akzeptanz. In Kanada wie auch in ganz Europa sind die Lebenshaltungskosten nach wie vor hoch, die Arbeitslosigkeit steigt, die öffentlichen Dienste sind überlastet, und die Wähler stehen internationalen Verpflichtungen, die abstrakt oder elitär erscheinen, zunehmend skeptisch gegenüber.

Eine Strategie, die auf neuen Handelsabkommen basiert, die echte Kompromisse für die lokale Wirtschaft mit sich bringen, sowie auf kostspieliger Verteidigungszusammenarbeit, benötigt nachhaltige öffentliche Unterstützung in einer Zeit, in der viele Bürger sich mehr um ihre Lebensmittelrechnungen als um Geopolitik sorgen. Die arbeitende Bevölkerung auf beiden Seiten des Atlantiks hat einen Großteil des

Risikos im Zollkrieg getragen, sie hat Entlassungen und Werksschließungen überstanden und sie hat kaum Aussicht, von den versprochenen wirtschaftlichen Neuausrichtungen zu profitieren. Ohne einen klaren Zusammenhang zwischen den Maßnahmen im Ausland und der wirtschaftlichen Sicherheit im Inland läuft die Mittelmachtstrategie von Premierminister Carney Gefahr, an der Unzufriedenheit im Inland zu scheitern.

Es ist zu früh, um zu sagen, ob Carneys Auftritt in Davos zu einer nachhaltigen Veränderung der kanadischen Politik führen wird. Klar ist jedoch, dass er die Realität klar benannt hat: Die Kosten der Untätigkeit angesichts der Drohungen von Präsident Trump sind mittlerweile höher als die Kosten gemeinsamer Maßnahmen. Die Situation ist derzeit so ungewöhnlich, dass seine Offenheit an sich schon ein politischer Akt ist. Ob Kanada und Europa bereit sind, gemeinsam die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Herausforderung zu begegnen, wird darüber entscheiden, ob Premierminister Carneys eindrucksvolle Rede als Wendepunkt in Erinnerung bleiben wird – oder als Warnung, die ungehört verhallt.



Jordan Leichnitz
Ottawa

Jordan Leichnitz ist Programmverantwortliche für transatlantische Beziehungen und Kanada des Washingtoner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.